

## **Positionspapier der AG Streetwork zum Thema 'Bettelnde Kinder'**

### **'Bettelnde Kinder' in Dresden**

Seit dem vergangenen Jahr halten sich in Teilen der Innenstadt und der Neustadt vermehrt bettelnde Kinder auf. Seitens der Presse fand dies eine große Resonanz und löste in Dresden eine breite Debatte aus. Diese Debatte wirkt auf uns jedoch stark emotionalisiert. Rufe nach einer schnellen Beseitigung des Problems 'bettelnde Kinder' werden immer lauter. Wie die sächsische Zeitung am 08. August berichtete, soll das Betteln als Kind oder mit Kindern künftig mit Bußgeldern von bis zu 1000 € geahndet werden. Die AG Streetwork als Facharbeitskreis aller Angebote der Mobilen Jugendarbeit in Dresden sieht sich angesichts dessen dazu veranlasst, sich klar gegen ein 'Bettelverbot' auszusprechen. Wir befürchten, dass sich durch derart restriktive Maßnahmen die ohnehin prekäre Situation der Betroffenen weiterhin verschlechtern wird. Als Mobile Jugendarbeiter\_innen ist es unser öffentlicher Auftrag, „junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung [zu] fördern und dazu bei[zuhilfen]bringen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen“ (§ 1 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII). In diesem Sinne setzen wir uns gegen jede Form von Kindeswohlgefährdung und Kinderarbeit ein. Wir begrüßen deshalb die große öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Thema. Dabei plädieren wir jedoch für eine nachhaltige Lösung, welche allen Betroffenen einen Rahmen für eine freie Entfaltung der Persönlichkeit bietet.

### **'Bettelnde Kinder' und Mobile Jugendarbeit**

In den betreffenden Gebieten bestehen mehrere Angebote der Mobilen Jugendarbeit. Mit niedrigschwelligen Angebotsformen wie Streetwork, dem Sozialbus oder Essensausgaben sind wir für junge Menschen als Ansprechpartner\_innen und Vermittler\_innen präsent. Dabei nehmen wir auch die sog. bettelnden Kinder wahr. Aufgrund von Sprachbarrieren beiderseits und vor dem Hintergrund negativer Erfahrungen mit Vertreter\_innen öffentlicher Institutionen gestaltet sich die Kontaktaufnahme zu diesen jungen Menschen herausfordernd. Folglich braucht es Zeit, um Vertrauen aufzubauen und pädagogisch wirksam zu werden. Währenddessen befinden wir uns in einem produktiven Dialog mit Ordnungsamt, Polizei und Jugendamt, um gemeinsame Strategien zu entwickeln, die sowohl jugendrechtlichen als auch ordnungspolitischen Aufträgen Rechnung tragen. Es erscheint uns als offensichtlich, dass derartig komplexe sozialpolitische Probleme nicht durch ordnungspolitische Schnellschüsse zu lösen sind.

### **Das 'Bettelverbot': Teuer und gefährlich**

Eine übereilte und einseitige Veränderung der Rechtslage könnte fatale Konsequenzen mit sich bringen. Es ist zunächst fraglich, ob der bürokratische und ordnungspolitische Mehraufwand, welcher durch eine verschärfte Polizeiverordnung zwangsläufig entsteht, angesichts der ohnehin angespannten Personaldecke überhaupt zu leisten ist. Eine konsequente Umsetzung des Verbotes hätte Mehrausgaben zur Folge. Ein 'Bettelverbot' bietet zudem keinerlei Unterstützung für die Betroffenen und führt zu einer Verschärfung und Verschiebung der bestehenden Problemlagen:

Wenn die Betroffenen durch Kriminalisierung aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden, können jugendhilfliche Leistungen nicht mehr transportiert werden. Situationen von Kindeswohlgefährdung geraten so außerhalb jeglicher Präventions- und Interventionsmöglichkeiten. Wenn das Betteln als einzige Einnahmemöglichkeit wegfällt, werden die Betroffenen in die Kriminalität gedrängt. In diesem Falle wäre durchaus mit einer Zunahme von Diebstählen, Betäubungsmitteldelikten oder Prostitution zu rechnen. Bußgelder verschärfen die prekären Lebenslagen.

### **Langfristige Lösungen: Dresden in der Pflicht**

Es braucht Lösungsansätze, welche auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, um nicht nur die Symptome, sondern die Ursachen dieser sozialen Problemlage zu bekämpfen und die Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Diesbezüglich bieten wir uns als Fachkräfte für jeden Dialog an. Grundlage dafür muss die Anerkennung der Betroffenen als EU-Bürger\_innen sein, welche gemäß Art. 21 Abs. 1 AEUV das Recht auf Freizügigkeit genießen. Dieses grundlegende Recht für bestimmte Personen de facto zu untergraben, halten wir für einen bedenklichen Rückschritt. Wir plädieren dafür, den bestehenden rechtlichen Rahmen einzuhalten, anstatt ihn durch ein 'Bettelverbot' zu verschärfen und somit die Möglichkeiten für eine kontinuierliche Arbeit einzuschränken. Es gilt, mit den Betroffenen zu sprechen, statt nur über sie. Die Perspektive der Betroffenen findet in der öffentlichen Debatte derzeit kaum Berücksichtigung. Wirft man erst einmal einen Blick auf die Gründe, die Kinder dazu veranlassen auf der Straße zu betteln, wird schnell klar, dass es sich oft um die einzige Möglichkeit handelt, einen Lebensunterhalt zu bestreiten. Es handelt sich beim Betteln auf der Straße um keine angenehme, sondern höchst gefährliche und gesellschaftlich stigmatisierte Tätigkeit. Dies ist auch den Eltern bewusst. Somit sind von vornherein Argumente, die den Schutz der Kinder vor ihren Eltern vorschieben, zu entkräften. Wenn massive Armut, Verzweiflung und fehlende Alternativen die Ursachen dafür sind, dass Kinder zum Betteln auf die Straßen geschickt werden, dann sehen wir in erster Linie den Sozialstaat in der Pflicht und nicht ordnungspolitische Sanktionsmechanismen. Wenn diesen Personengruppen tatsächlich geholfen werden soll, dann sollte es das vorrangige Ziel aller Beteiligten sein, die Bedürfnisse der betroffenen Menschen zu ergründen und daraus (europaweite) Hilfsangebote zu entwickeln. Zweifelsohne braucht dies weiterhin Zeit und Ressourcen, u.a. für Dolmetscherleistungen. Außerdem ist die weitere Vernetzung aller beteiligten Institutionen sowie der Austausch mit anderen Städten und Lobbyorganisationen unerlässlich, um fundierte Konzepte zu entwickeln.

Wir sind der Überzeugung, dass Dresden bei der Erarbeitung von langfristigen Lösungen für das Phänomen der 'bettelnden Kinder' in europäischen Innenstädten einen erheblichen Beitrag leisten kann.